



Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Direktor des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) sowie Berater der Weltbank und der Europäischen Union für Arbeitsmarktfragen.

An die Arbeit!

Die EU-Maßnahmen zur Euro-Rettung brauchen arbeitsmarktpolitischen Flankenschutz, sollen sie für mehr Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit sorgen

Von Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Heute wissen wir: Es war ein zentraler Geburtsfehler des Euro, dass dieser historische Schritt nicht in eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik eingebettet wurde. So glich die Einführung der europäischen Einheitswährung dem Versuch, den Karren vor das Pferd zu spannen. Prompt ist der europäische Karren im Graben gelandet. Der im Juni 1997 vereinbarte Pakt für finanzielle Stabilität und wirtschaftliches Wachstum als Geschäftsgrundlage des Euro wurde in beiden Zielen verfehlt. Die Schuldenkrise zum einen sowie fast 24 Millionen Arbeitslose in der Europäischen Union zum anderen dokumentieren dies auf dramatische Weise.

Jetzt versuchen die europäischen Regierungschefs, diese Fehler zu korrigieren durch einen verschärften Fiskalpakt sowie ein Programm für eine „wachstumsfreundliche Konsolidierung und ein beschäftigungsfreundliches Wachstum“. Vor allem soll eine Reform der Arbeitsmärkte in den einzelnen Ländern in Angriff genommen werden. Doch die bisherigen Beschlüsse dazu greifen zu kurz. Erforderlich sind einige prinzipielle Weichenstellungen.

Wichtig wäre es, im neuen Stabilitäts- und Wachstumspakt neben strengeren Kontrollmechanismen für ausgeglichene Haushalte auch Kriterien und

Zielsetzungen für die Beschäftigungsentwicklung, für Innovation und Wachstum einzubauen. Anreize, die Fortschritte in den einzelnen Ländern bei der Liberalisierung der Arbeitsmärkte sowie der nachhaltigen Schaffung neuer Jobs prämiieren, sind besser als Versuche, finanziell ohnehin schon angeschlagene Staaten mit finanziellen Sanktionen noch mehr in die Tiefe zu reißen.

Eine zweite grundlegende Weichenstellung sollte hinzukommen: Um die Arbeitsmärkte zu entfesseln, muss die Mobilität im Binnenmarkt mit seinen rund 500 Millionen Einwohnern erhöht werden; zu viele nationale Einzelregelungen behindern die Freizügigkeit, etwa bei der Anerkennung von beruflichen Qualifikationen. So sollten Jugendliche aus den Euro-Krisenstaaten wie Griechenland oder Spanien verstärkt nach solchen Ländern vermittelt werden, die dringend Fachkräfte suchen. So verhindern wir eine verlorene Generation; später gehen viele mit ihren gewonnenen Erfahrungen wieder zurück und helfen beim Aufbau. Wie diese Arbeitsmigration erfolgreich wirkt, zeigt das Beispiel Türkei. Sie ist heute ein hoch attraktiver Wirtschaftsstandort; das Wachstum floriert. Diesen Aufstieg verdankt das einst so rückständige Land nicht zuletzt auch dem Knowhow-Transfer seiner in Europa geschulten Facharbeiter.

„Zu viele nationale Einzelregelungen behindern die Freizügigkeit.“

Die wichtigste Konsequenz aus den Fehlern der Vergangenheit kann nur heißen: Leistungsfähige, flexible, offene Arbeitsmärkte sind der wichtigste Antrieb für mehr Wachstum in ganz Europa. Immerhin ist unter dem Druck der Krise auf diesem Wege jetzt einiges in Bewegung geraten:

- Portugal zum Beispiel hat mit der Überprüfung seiner rigiden Arbeitsmarktgesetzgebung begonnen und will vor allem seine schulische wie berufliche Bildung modernisieren.
- Spanien hat angekündigt, mit Arbeitsmarktreformen den Unternehmen mehr Flexibilität zu ermöglichen etwa durch dezentralisierte Tarifverhandlungen.
- Italien will ab März ein Reformpaket für eine proaktive Beschäftigungspolitik vorlegen und strebt dabei einen Konsens mit den Gewerkschaften an – was in allen Ländern unerlässlich ist, denn der Protest auf der Straße könnte den Reformelan sonst rasch wieder abwürgen.
- Für Frankreich hat Staatspräsident Nicolas Sarkozy einschneidende Veränderungen nach dem Beispiel von Gerhard Schröders Agenda 2010 angekündigt, die in

immer mehr Ländern zur Modernisierungs-Blaupause wird. Doch letztlich muss jedes europäische Land seine eigene Reformstrategie wählen.

Auch eine Stärkung der mittelständischen Strukturen durch Abbau bürokratischer Hemmnisse, Existenzgründungsprogramme und Kapitalhilfen ist vielfach dringlich. So verdankt Deutschland seinen relativ stabilen Arbeitsmarkt nicht zuletzt seinen rund 400 000 kleinen und mittelständischen Betrieben und Familienunternehmen. Der Nachbar Frankreich bringt es hingegen auf nur 100 000 solcher Firmen.

Jetzt ist es wichtig, die ökonomischen Ungleichgewichte in Europa entschlossen abzubauen. Der Schlüssel hierfür sind die Arbeitsmärkte und bessere Beschäftigungsperspektiven vor allem für die junge Generation. Immerhin liegt im gesamten Euroraum die Jugendarbeitslosigkeit bei 21,3 Prozent, in Spanien ist fast jeder zweite, in Italien jeder Dritte unter 25 Jahren ohne Job. Gelingt hier keine Wende, droht dem friedensstiftenden historischen Einigungswerk Europa die Zerreißprobe. ♦



Leistungsfähige, flexible, offene Arbeitsmärkte sind der wichtigste Antrieb für mehr Wachstum in ganz Europa.